

# Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND



## INTERVIEW DER WOCHE

Reinhold Messner und seine Frau werben für Verzicht. Seite 14

## SCHWERE INFektion

Popstar Madonna muss ihre geplante Welttournee verschieben. Seite 22



## ÜBERBLICK

### Darts-Elite in der Trier Arena

**TRIER** (red) Die Darts-Elite trifft sich zum zweiten Mal in Trier. Ab Freitag, 30. Juni, fliegen beim European Darts Matchplay wieder die Pfeile. Insgesamt sind an der Mosel 48 Spieler am Start. Davon auch sechs Deutsche, die um den Sieg kämpfen. Wer aus der Weltelite dabei ist, lesen Sie auf Seite 15

### Gegen Leseprobleme: Bücher fürs Leben

**DÜSSELDORF** (red) Viele Kinder haben heute enorme Leseschwächen. Was hilft? Über die passenden Konzepte streiten sich die Experten. Dabei können Bücher ein Schlüssel zum Erfolg sein. Und wenn sie lustig sind, hilft die Lektüre doppelt. Seite 20

### Polen will Grenze verstärken

**WARSAU** (dpa) Nach ihrem kurzen Aufstand soll die russische Söldner-Truppe Wagner angeblich nach Belarus abziehen. Polen fühlt sich durch die mögliche Nähe der brutalen Truppe bedroht. Seite 3

### ZITAT

„Es macht keinen Sinn, Kliniken zu unterstützen, die sich wirtschaftlich nicht tragen, wo die Qualität in diesen Bereichen nicht so gut ist und die man für die Sicherstellung auch nicht braucht.“

**Karl Lauterbach**  
Bundesgesundheitsminister

### WETTER



Seite 28

## RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6  
FERNSEHEN SEITE 25  
HÄGAR SEITE 24  
SUDOKU SEITE 24  
FREIZEIT SEITE 21  
FÜR KINDER SEITE 24

## KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999  
Abo 06 51/7199-998  
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de  
Internet: www.volksfreund.de  
www.facebook.com/volksfreund  
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:  
Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,20 €, NR. 149



## MODE

### Was Man(n) heute drunter trägt?

**DÜSSELDORF** (red) Karl-Heinz, Boris, Walter oder Niklas: Das sind nicht nur Männernamen. Frauen und Männer vom Fach bezeichnen so auch unterschiedliche Unterhosen-Typen. Der Slip fristet ein Dasein als Liebestöter, und junge Kerle tragen Boxershorts – so einfach ist das heute nicht mehr. Welchen Trends die Männerunterhose so unterliegt, erfahren Sie auf Welt Seite 27

FOTO: ISTOCK/JAVESH

# Hausbesitzer verunsichert: Wie lange dürfen sie noch mit Öl heizen?

Im neuen Heizungsgesetz ist überwiegend die Rede von Gas. Doch in der Region wird mehr als die Hälfte der Häuser mit Öl beheizt. Was kommt auf all diese Haushalte zu?

VON BERND WIENTJES

**TRIER** „Was ist mit meiner Ölheizung? Darf ich die weiter nutzen?“ Fragen, die sich derzeit viele Heizungs-Besitzer in der Region stellen. Im so genannten Heizungsgesetz geht es nämlich überwiegend um Gasheizungen. Ölheizungen können weiterhin genutzt werden. Neue Ölheizungen dürfen zudem bis 2028 weiterhin eingebaut werden. Denn bis dahin muss die kommunale Wärmeplanung vorliegen.“ Allerdings sei ab dem kommenden Jahr vor dem Kauf einer Ölheizung eine Beratung verpflichtend, bei der auf den steigenden CO<sub>2</sub>-Preis für fossile Brennstoffe und die Gesetzgebung zum Klimaschutz hingewiesen werde als primäre Heizquelle.

Auch in einem am Dienstag nach den Verhandlungen der Ampelfraktionen über Änderungen im Gebäudeenergiegesetz verschickten Infobrief an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion ist die Rede von Gasheizungen und von Holz- und Pelletheizungen. Nicht aber von Ölheizungen. Mit unterzeichnet

hat den Infobrief SPD-Fraktionsvize Verena Hubertz. Die Triererin verhandelte für ihre Fraktion die Kompromisse beim Heizungsgesetz.

Auf Anfrage unserer Redaktion stellt sie klar, dass für Ölheizungen die gleichen Regelungen gelten sollen wie für Gasheizungen. Konkret: „Bestehende Ölheizungen können weiterhin genutzt werden. Neue Ölheizungen dürfen zudem bis 2028 weiterhin eingebaut werden. Denn bis dahin muss die kommunale Wärmeplanung vorliegen.“ Allerdings sei ab dem kommenden Jahr vor dem Kauf einer Ölheizung eine Beratung verpflichtend, bei der auf den steigenden CO<sub>2</sub>-Preis für fossile Brennstoffe und die Gesetzgebung zum Klimaschutz hingewiesen werde.

Der bereits vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf, wonach von 2024 an möglichst jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit Öko-Energie betrieben werden soll, gilt zunächst nur für Neubauten. Für Bestandshäuser gelten die Vorgaben vorerst nicht. Das Heizungsgesetz soll nämlich an eine

kommunale Wärmeplanung gekoppelt werden. Die Kommunen haben bis 2028 Zeit, diese vorzulegen und festzulegen, ob es eine Nah- oder Fernwärmeversorgung geben wird. So sollen Hausbesitzer die Möglichkeit haben, die für sie günstigste Heizungsvariante zu wählen. Liegt eine solche Wärmeplanung noch nicht vor, gibt es keine Verpflichtung, neue klimafreundliche Heizungen einzubauen. „Jeder kann seine Heizung weiter frei wählen“, umschreibt die Hunsrücker Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Carina Konrad, den gefundenen Kompromiss.

Genau wie Gasheizungen sollen nach den Vorstellungen der Liberalen auch Öl-Heizungen künftig mit Biobrennstoffen betrieben werden dürfen. Gas soll durch Wasserstoff und Öl durch E-Fuels ersetzt werden. Einige Brennstoffhändler werben bereits mit den synthetischen Brennstoffen. Dieser könne dem Öl im Tank beigemischt werden oder es komplett ersetzen, heißt es. „Mit E-Fuels wird Ihre Heizung auf einen Schlag klimaneutral“, heißt es auf

der Internetseite eines Ölhändlers. Klimaschützer und einige Wissenschaftler warnen jedoch davor, auf Wasserstoff und E-Fuels beim Heizen zu setzen. Zum einen seien diese Brennstoffe teuer und zum anderen auch weniger effizient.

Der Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch warnt, der Einbau einer Gasheizung könne zu sehr hohen Kosten führen. „Wer jetzt noch eine Gasheizung einbaut, der spielt mit dem Feuer.“ Im Zweifel könnten hohe Kosten auf diese Haushalte zukommen.

Im Entwurf zum Heizungsgesetz wird ausdrücklich auch auf die Möglichkeit des Heizens mit Holz und Pellets hingewiesen – und das sowohl in Neu- als auch in Altbauten. Wer damit heizt, müsse, anders als ursprünglich vorgesehen, nicht noch zusätzlich auf Solarthermie setzen, sagt Hubertz. Und: „Kaminöfen sind genauso wie Pelletöfen uneingeschränkt nutzbar und erfüllen die Kriterien des Gebäudeenergiegesetzes ausnahmslos.“ Allerdings dürfe für die Gewinnung von Brennholz keine Waldrodung stattfinden.

## Bahn-Schlichtung verabredet, Streiks abgewendet

**BERLIN** (dpa) Weitere Warnstreiks auf der Schiene sind vorerst vom Tisch: Im festgefahrenen Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn wollen Arbeitgeber und Gewerkschaft unter Vermittlung von außen versuchen, eine Lösung zu finden. „Wir haben nach dem Scheitern der Verhandlungen erklärt, uns gegen ein solches Verfahren nicht zu verwehren - jetzt halten wir Wort“, teilte EVG-Verhandlungsführer Kristian Loroch am Donnerstag mit Blick auf das von der Bahn vorgeschlagene Schlichtungsverfahren mit. Eigentlich wollte der Gewerkschaftsvorstand an diesem Donnerstag über den nächsten Arbeitskampf entscheiden. Diese Pläne seien nun erstmal abgesetzt, hieß es. Über unbefristete Streiks will die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ihre Mitglieder aber weiterhin bei einer Urabstimmung entscheiden lassen.

## Trauermarsch bei Paris gegen Polizeigewalt

**NANTERRE/PARIS** (dpa) Nach dem Tod eines Jugendlichen bei einer Polizeikontrolle nahe Paris haben Hunderte Menschen auf einem Trauermarsch Gerechtigkeit für den 17-Jährigen gefordert. Bei dem Umzug in Nanterre trugen am Donnerstag viele Teilnehmer weiße T-Shirts mit der Aufschrift „Gerechtigkeit für Nahel“ und Schilder, auf denen „Die Polizei tötet“ zu lesen war. Der auf Initiative der Familie organisierte Umzug verlief zunächst friedlich. Eine Motorradstreife hatte den 17-Jährigen am Dienstagmorgen in Nanterre am Steuer eines Autos gestoppt. Als der junge Mann plötzlich anfuhr, fiel der tödliche Schuss aus der Dienstwaffe des Polizisten.

Themen des Tages Seite 5

## Regionale Werke beklagen Hürden bei Energiewende

**KONZ** (cmk) Neun kommunale Abwasserbetriebe aus dem Kreis Trier-Saarburg und der Eifel haben sich zur Klimaschutzinitiative Eifel/Mosel/Hunsrück zusammengesetzt. In einem Positionspapier fordert das Netzwerk, die Bürokratie für den Ausbau erneuerbarer Energien abzubauen. Was dahinter steckt.

Lokales

# Die neuesten Entwicklungen im Skandalfall Dillinger

VON ROLF SEYDEWITZ

**TRIER/SAARBRÜCKEN** Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken wird im Fall des im vergangenen Jahr verstorbenen Trierer Bistumpriesters Edmund Dillinger kein Ermittlungsverfahren einleiten. Nach Auswertung des sichergestellten Materials mit mutmaßlich kinderpornografischen Inhalten habe sich „kein Anfangsverdacht auf noch lebende Beteiligte an konkreten verfolgbaren Straftaten“ ergeben, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Damit bestehe auch keine Grundlage für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.

Im Nachlass des im November im Alter von 87 Jahren verstorbenen Domprälaten und Ehrenomherrn Edmund Dillinger hatte ein Neffe des Geistlichen Hunderte pornografische Fotos gefunden. Sie sollen Jugendliche und junge Erwachsene zeigen, teilweise ist auch der Priester selbst zu sehen.

Nach Angaben des Neffen sind die Bilder hauptsächlich auf Reisen entstanden, es handele sich meist um ausländische Opfer in Afrika, Südamerika und Asien. Laut Bistum gibt es Hinweise „auf ein Doppelleben“ Dillingers in Afrika unter falschem Namen. Der katholische Geistliche

hatte 1972 ein Hilfswerk für soziale Projekte in Afrika gegründet.

Nicht nur die Saarbrücker Staatsanwaltschaft befasst sich mit dem Fall Dillinger. Auch die Unabhängige Aufarbeitungskommission im Bistum Trier hat sich der skandalträchtigen Angelegenheit angenommen und im Mai zwei ausgewiesene Experten mit der Aufklärung betraut: den ehemaligen Koblenzer Generalstaatsanwalt Jürgen Brauer (66) und den früheren Vize-Chef der Trierer Staatsanwaltschaft, Ingo Hromada (70).

„Wir werten die uns vom Bistum zur Verfügung gestellten Akten aus

und führen Gespräche mit Zeitzeugen“, darunter Kollegen und Schüler Dillingers, sagte Brauer am Donnerstag unserer Redaktion. Bei vielen Anfragen stünden die Antworten noch aus.

Auf die Frage, ob sich auch schon mutmaßliche Opfer Edmund Dillingers gemeldet hätten, wollte sich Brauer nicht äußern. Über diese Dinge werde er zunächst der Aufarbeitungskommission berichten.

Für Ende August ist ein erster öffentlicher Zwischenbericht der beiden Sonderaufklärer vorgesehen. Allzu viel Überraschendes dürfte dabei allerdings noch nicht zu er-

warten sein. „Wir werden dann sagen, welche Maßnahmen wir bislang ergriffen haben“, sagte Jürgen Brauer unserer Redaktion. Für eine Bewertung des Falls Edmund Dillinger sei es noch zu früh. Nach den Planungen soll ein weiterer Zwischenbericht drei Monate später erscheinen. Ein umfangreicher Abschlussbericht ist für nächstes Frühjahr geplant.

Die beiden Sonderermittler hoffen indes weiter darauf, dass sich möglichst viele Menschen, die aus erster Hand etwas zum Fall Edmund Dillinger beitragen können, bei ihnen melden. Die E-Mail-Adresse: [brauer-aufarbeitung@posteo.de](mailto:brauer-aufarbeitung@posteo.de)